

Globale Trends

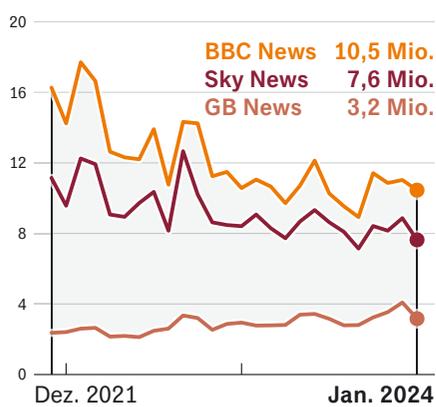
Wie GB News den Rechtsruck fördert

Der britische Sender versucht wie Fox News in den USA die politische Debatte im Königreich nach rechts zu steuern.

Für den britischen Premierminister Rishi Sunak war sein Auftritt vor einer Woche bei einer Townhall-Veranstaltung des jungen Nachrichtensenders GB News alles andere als ein Heimspiel. Der Tory-Führer wehrte sich mehr schlecht als recht gegen wütende Fragen der Zuschauer zum schlechten Zustand des Gesundheitssystem NHS und zum ungelösten Problem der illegalen Einwanderung. Als die regierenden Konservativen kurz danach bei zwei wichtigen Nachwahlen untergingen, zitierte GB News eine Umfrage, nach der die Tories ohne Sunak an der Spitze bei den kommenden Parlamentswahlen vielleicht noch eine Chance hätten.

Beliebte News-Sender

Großbritannien: Durchschnittliche tägliche Zuschauerzahl in Millionen



HANDELSBLATT

Quelle: Barb

Der vor zweieinhalb Jahren gegründete TV- und Radiokanal GB News lässt sich nicht so leicht in das bisherige Schema „rechts Tories – links Labour“ einordnen. Und das ist auch die Absicht von Paul Marshall, dem konservativen Hedgefonds-Investor und Multimillionär, und seinem Co-Investor und Gesinnungsgenossen, dem Neuseeländer Christopher Chandler.

Die beiden sind Mehrheitseigentümer von GB News und ziehen die Fäden bei dem Vorhaben, die Medienlandschaft im Königreich ähnlich aufzumischen, wie es Rupert Murdoch mit Fox News in den USA gelungen ist. „Unser Ziel ist es, eine solide, ausgewogene Debatte zu fördern und eine Reihe von Perspektiven zu den Themen zu bieten, die jeden in Großbritannien betreffen“, beschreibt GB News sein Selbstverständnis.

Schaut man auf die Moderatoren der Nachrichtensendungen, ist es mit der Ausgewogenheit schnell vorbei: Neben dem Rechtspopulisten und Gründer der Brexit-Partei, Nigel Farage, geben sich eine Reihe von früheren und immer noch aktiven rechten Tory-Politikern das Mikrofon in die Hand. Dazu gehört auch Ex-Premier und Trump-Fan Boris Johnson, der bei der Berichterstattung über die Wahlen in Großbritannien und den USA eine „Schlüsselrolle“ spielen soll.

Die massive rechte Präsenz vor der Kamera führt nicht selten zu journalistisch fragwürdigen Methoden, die gegen das staatlich vorgeschriebene Gebot zur Überparteilichkeit für alle britischen TV-Sender verstoßen. Freunde und Mitarbeiter von Marshall weisen den Verdacht zurück, GB News verfolge einseitig eine rechte Agenda. Der 64-jährige Brexit-Anhänger wolle nur die politische Kultur der freien Meinungsäußerung vor den Angriffen der Wokeness-Bewegung schützen. Außerdem sei GB News mit seinen vier Millionen Zuschauern im Dezember 2023, verglichen mit den führenden Nachrichtkanälen BBC, ITV und Sky News, immer noch ein Zwerg.

Dem Neuling geht es jedoch eindeutig darum, die Themen im öffentlichen Diskurs zu setzen und damit dessen Richtung zu bestimmen. „Wir stehen neun Monate vor der Wahl, in denen GB News die Debatte nach rechts lenken will“, mutmaßt Medienwissenschaftler Steven Barnett von der University of Westminster.

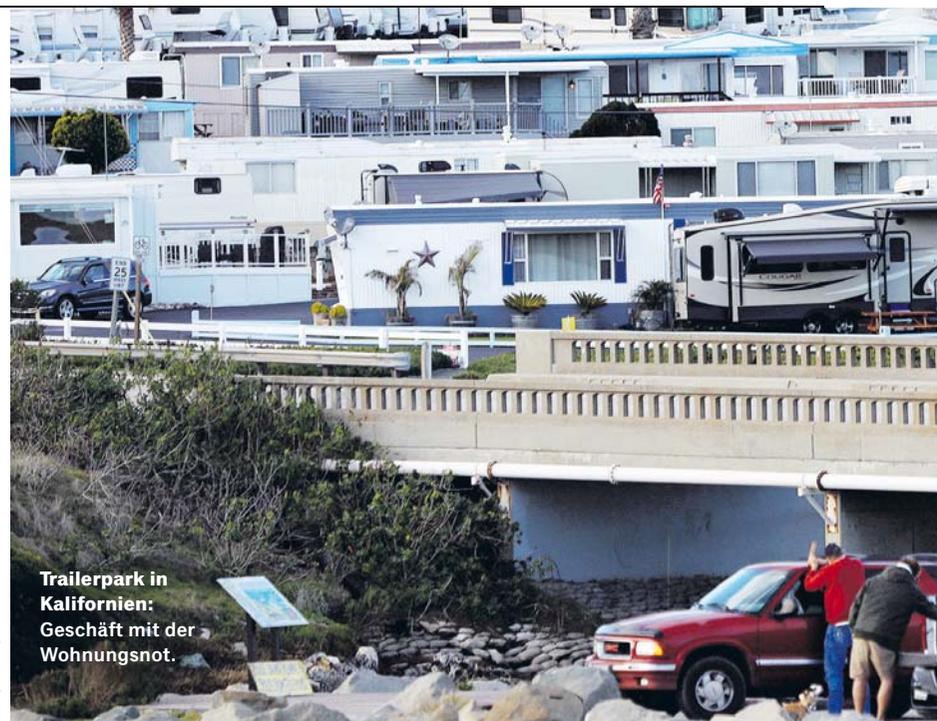
Bei GB News gehe es nicht ums Geldverdienen. Der verlustträchtige Sender sei ganz klar ein „ideologisches Projekt von Marshall“, der zudem auch noch für die zum Verkauf stehende Telegraph Media Group biete.

Zugleich warnt der Wissenschaftler vor der Gefahr, dass der Sender ähnlich wie Fox News in den USA zum Tummelplatz von Verschwörungstheoretikern werden und damit das bislang gegenüber politischen Extremisten immune Königreich zersplittern und polarisieren könnte. Bislang hat das Mehrheitswahlrecht in Großbritannien das Aufkommen einer extremen Partei am rechten Rand verhindert.

Das könnte sich jedoch ändern, wenn die regierenden Konservativen wie von den Meinungsforschern vorausgesagt die kommende Parlamentswahl haushoch verlieren sollten und danach ein offener Machtkampf um den künftigen Kurs der Tories ausbricht. In diesem Fall käme es vor allem darauf an, die Mitglieder der Konservativen zu gewinnen – und von denen schaltet nach einer neuen Umfrage bereits die Hälfte regelmäßig GB News ein.



Der Autor **Torsten Riecke** ist International Correspondent. Sie erreichen ihn unter: riecke@handelsblatt.com



Trailerpark in Kalifornien: Geschäft mit der Wohnungsnot.

imago images

USA

Großinvestoren bedrohen Amerikas Armensiedlungen

20 Millionen US-Bürger leben in sogenannten Trailerparks, weil sie sich reguläre Wohnungen oder Häuser nicht leisten können. Doch nun treiben Spekulanten die Mieten in die Höhe.

Axel Postinett San Francisco

W Weil sich Sarah Clement die hohen Mieten in der Stadt nicht leisten konnte, plünderte sie ihr Konto und kaufte sich einen Wohnwagen. Dann mietete sie sich für ihr Mobile Home einen Stellplatz im Golden Hill Mobile Park Colorado. Um ihr neues Heim dort dauerhaft parken zu können, zahlte die alleinerziehende Mutter von zwei Kindern monatlich 625 Dollar. Eine bezahlbare Summe und ein Modell, das ihr ein bescheidenes Leben erlaubte.

Sechs Monate später begannen die Probleme. Die Eigentümerfamilie trennte sich von dem Park, und am Ende bekam Harmony Communities den Zuschlag – ein Großinvestor mit einem Portfolio von 33 Parks. Kurz danach hob das Unternehmen die Mieten um 50 Prozent an, auch die Zusatzgebühren stiegen. Für Sarah Clement unerschwinglich.

Clements Schicksal steht für viele andere. In den USA haben Investoren Trailerparks als Anlageobjekte entdeckt. Sie kaufen die Gelände auf, dann investieren sie in die Ausstattung der Parks und heben die Preise drastisch an. Das Problem betrifft rund 20 Millionen US-Bürger, die laut dem Consumer Financial Protection Bureau derzeit in Mobile Homes leben.

Die Grundstücke lagen über Jahrzehnte vor allem in der Hand von Familien oder einzelnen Besitzern, sie bescherten ihnen bescheidene, aber stabile Mieteinnahmen. Die Mieter bekamen für kleines Geld ein Dach über dem Kopf. Nach Statistiken der Finanzplattform Lendingtree kostet ein durchschnittliches Mobile Home nur 20 bis 30 Prozent dessen, was ein konventionell gebautes Haus wert ist.

Auch die Miete für den Stellplatz war gering, darauf konnten sich die Bewohner lange verlassen.

Entsprechend niedrig war der soziale Status der Bewohner. In den 1960er-Jahren entstanden Begriffe wie „Trailer-Trash“ für die Menschen, die sich keine andere Wohnung leisten konnten.

Finanzkonzerne kaufen diese Parks nun aber systematisch auf und verdoppeln oder verdreifachen die Standmieten. Das funktioniert, weil bei jedem Verkauf die alten Mietverträge ungültig werden. Beim Neuabschluss werden dann höhere Mieten und neue Gebühren verlangt. Der Druck wächst, weil immer mehr Menschen in die Trailerparks strömen. Für viele sind sie die letzte Chance, um der Obdachlosigkeit zu entkommen. Es ist der Mangel an bezahlbarem Wohnraum, der für die ständig wachsende Nachfrage sorgt.

Wer nicht bezahlen kann, muss seinen Platz räumen. Doch die Wohnwagen sind in der Regel fest im Boden verankert und mit dem örtlichen Stromnetz verbunden. Oft gibt es aufwendige Anbauten, und vielfach sind die Wagen nicht mehr für den Straßenverkehr zugelassen. Für einen Umzug kommen schnell fünfstelligen Beträge zusammen, Geld, das den wenigsten zur Verfügung steht.

Die Bewohner kämpfen häufig um ihre Heimat, sagt Frank Rolfe, der seit mehr als 20 Jahren in Mobilparks investiert und die Investmentfirma Mobile Home University mitgegründet hat. Viele von ihnen seien gezwungen, Mieterhöhungen zu akzeptieren, die sie sich eigentlich nicht leisten können. Müssen die Mieter ihr Zuhause dennoch aufgeben, lohnt sich das Investment besonders: In diesem Fall kann sich das Unternehmen von einem